STELLUNGNAHME DES BDL-BUNDESVORSTANDS

Zum Entwurf des Wehrdienstmodernisierungs-gesetzes

19. November 2025

BUND DER DEUTSCHEN LANDJUGEND e.V.

Bund der Deutschen Landjugend (BDL)
Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin
030 / 235 99 35-0
info@landjugend.de
www.landjugend.de

Der BDL wird gefördert durch das BMBFSFJ, das BMLEH, die Landwirtschaftliche Rentenbank, das DFJW und das DPJW.

STELLUNGNAHME DES BDL-BUNDESVORSTANDS ZUM ENTWURF EINES WEHRDIENSTMODERNISIERUNGSGESETZES[1]

Freiheit und Menschenrechte sichern und schützen

Das europäische Friedensprojekt ist das erfolgreichste weltweit: Es nahm 1950 mit der deutsch-französischen Freundschaft seinen Anfang. Trotz der Verheerungen des Zweiten Weltkriegs bot Frankreich den Deutschen die Hand. Daher sehen wir uns in einer besonderen Verantwortung für die europäischen Grundrechte und machen uns für die Würde des Menschen, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Demokratie stark – in Deutschland, Europa und weltweit.

In Frieden und Freiheit aufzuwachsen, ist für junge Generationen in Deutschland seit langem selbstverständlich. Umso wichtiger ist es uns, die europäische Friedensordnung zu erhalten und zu schützen. Der russische Angriffskrieg hat dieses Grundvertrauen erschüttert, der Terrorangriff der Hamas und der Krieg in Gaza entsetzt.

Als Jugendverband setzen wir uns für ein menschenwürdiges und gutes Leben für alle Kinder und Jugendlichen ein. Junge Menschen müssen geschützt, gefördert und geachtet werden und ein Aufwachsen in Frieden als Familie und mit Freunden muss gesichert werden.

[1] Diese Stellungnahme des Bundesvorstands bezieht sich auf die aktuelle politische Debatte zum Gesetzgebungsverfahren rund um das Wehrdienstmodernisierungsgesetz im Herbst 2025. Es stützt sich auf die Leitgedanken des Arbeitskreises Jugend macht Politik und dient der weiteren verbandlichen Positionierung.

Wir wünschen uns ein souveränes und geeintes Europa, das die zukünftigen Herausforderungen annimmt. Ein Europa, in dem die vielen unterschiedlichen Nationen gut, sicher und friedlich miteinander leben.

Die politischen Veränderungen stellen unsere bisherige Haltung zu den Leitlinien für Friedenspolitik, Verteidigungsfähigkeit und Wehrhaftigkeit in Frage. Als Teil der jungen Zivilgesellschaft sind wir uns der Verantwortung bewusst und beweisen längst, dass wir unseren Teil für eine leistungsfähige, souveräne, demokratische und starke Gesellschaft leisten.

Freiwillig stecken die Ehrenamtlichen im BDL ihre Zeit, Interessen und Expertise in gemeinnützige Projekte, fachliche Seminare, politische Diskussionen, gesellschaftliche Events, den Erhalt regionalen Kulturguts, Feten, Gruppentreffen, Ferienfreizeiten, Mitmach-Aktionen und Qualifizierungsangebote. Mit ihrem Engagement stärken sie ihre Region, tragen zu vielfältigen, attraktiven Angeboten auf dem Land bei und fördern die Lebens- und Bleibeperspektiven nicht nur von jungen Menschen. Sie erhalten unsere Regionen lebendig.

Diese stetige Leistung wird in politischen und gesellschaftlichen Debatten sowie der medialen Öffentlichkeit kaum anerkannt. Noch immer fällt das Blitzlicht nur kurz bei Fototerminen auf den gesellschaftlich nachhaltigen und enormen Beitrag den die junge Generation freiwillig erringt.[2]

Viele junge Menschen leisten neben ihrer Schul- und Berufsbildung und ihrem Einstieg ins Berufsleben bereits einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag.

Noch mehr junge Menschen würden sich engagieren, wenn sie wüssten, dass man sie tatsächlich ernst nimmt und wo und wie sie sich mit Wirkung einbringen könnten.[3]

Daher lehnen wir es ab, Pflichtdienste, wie bspw. die Wiedereinführung der Wehrpflicht, in Deutschland zu etablieren, sondern fordern viel mehr,

- die Attraktivität des Wehrdienstes sowie der Freiwilligendienste zu stärken und dabei vor allem die Vorschläge der jungen Generation einzubeziehen

[2] Der höchste Anteil Engagierter ist 2019 zwar bei den 30- bis 49-Jährigen mit 44,7 Prozent zu finden, doch bei den 14- bis 29-Jährigen liegt der Anteil ebenfalls bei 42,0 Prozent und bei den 50- bis 64-Jährigen bei 40,6 Prozent. Siehe hierzu: Freiwilliges Engagement in Deutschland Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019), https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/176836/7dffa0b4816c6c652fec8b9eff5450b6/frewilliges-engagement-in-deutschland-fuenfter-freiwilligensurvey-data.pdf (Zugriff online zuletzt am 25.9.25)

[3] siehe hierzu Bertelsmann Stiftung: genNow: Junges Engagement im sozialen Wandel, 2024, https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2024/dezember/mehr-engagement-junger-menschen-ist-moeglich-wenn-sie-sich-ernst-genommen-fuehlen (Zugriff online zuletzt am 25.9.25)

- dass freiwilliger Einsatz junger Menschen für die Gesellschaft weder durch ungleiche Anreize oder nachrangige Kommunikation noch Ausstattung untergraben wird; Kein Dienst darf nachrangig behandelt werden:
  - Freiwilligendienste sind stärker zu fördern und so auszugestalten, dass alle jungen Menschen daran teilhaben können (Unterstützung der Freiwilligen bspw. entsprechend BAföG-Niveau oder Mindestlohn, um das Existenzminimum zu sichern)
  - wenn über freiwilligen Wehrdienst informiert wird, muss über die Freiwilligendienste gleichermaßen informiert werden
  - Anreize für den freiwilligen Wehrdienst müssen gleichermaßen für die Freiwilligendienste gelten (Zuschuss Führerschein, Anrechnung Rentenpunkte, Nutzung ÖPNV u.a.)
- Entscheidungen rund um den Wehrdienst gesellschaftlich zu diskutieren. Sie dürfen nicht durch eine bloße Rechtsverordnung einer Bundesregierung verordnet werden.
  - Der Eingriff in die Grundrechte junger Menschen wäre bei einer (Wieder-)Einführung eines Wehrdiensts oder auch eines neuartigen Pflichtjahres so gravierend, dass dies allein in demokratisch legitimierten und verfassungsgemäßen Gesetzgebungsprozessen entschieden werden darf.
  - Junge Menschen sind an dieser Debatte als Expert:innen in eigener Sache anzuhören und an den politischen Diskussionen zu beteiligen. Ihre Stimme muss über deren mandatierte Vertreter:innen gehört und berücksichtigt werden.
- auf die Gleichberechtigung der Geschlechter in allen gesellschaftlichen Bereichen ist hinzuwirken.

Im Weiteren schließt sich der BDL daher den Positionen des Deutschen Bundesjugendrings[4] und dem Positionspapier Vision 2030[5] an.

---

[4] siehe hierzu Deutscher Bundesjugendring https://www.dbjr.de/artikel/stellungnahme-zum-referentinnenentwurf-des-wehrdienst-modernisierungsgesetzes (Zugriff online zuletzt am 14.10.25)
[5] Vision 2030 – Recht auf Freiwilligendienste https://www.dbjr.de/artikel/stellungnahme-zum-referentinnenentwurf-des-wehrdienst-modernisierungsgesetzes (Zugriff online zuletzt am 14.10.25)